

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Fernsprechstelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 144.

Sonnabend, 24. Juni 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Ortskrankenkasse Riesa.

Sonntag, den 2. Juli 1893, Nachmittags 2 Uhr im Hotel „Kronprinz“

### Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: Beschlußfassung über Herabsetzung der Klassenleistungen.

Der Kassenvorstand: R. Abendroth, Vors.

### Bestellungen

auf das mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Abends erscheinende

„Riesauer Tageblatt und Anzeiger“  
(Elbeblatt und Anzeiger)

für das

### 3. Vierteljahr

werden von sämtlichen kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern, unsern Geschäftsstellen in Riesa und Strehla, sowie in den Ausgabestellen bei Herren Paul Holz, Ecke Popziger- und Schützenstraße, H. B. Gennick, Hauptstraße, Kaufmann Hermann Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz und Paul Roschel, Bahnhofstraße, bei Abholung dortselbst zum Preise von 1 Mk. 25 Pf. zahlbar pränumerando, angenommen; durch unsere Austräger, die jeder Zeit Bestellungen annehmen, frei ins Haus geliefert ist der Preis 1 Mk. 50 Pf., (monatlich 50 Pf.) durch die Post frei ins Haus 1 Mk. 65 Pf. (bei Abholung am Postschalter 1 Mk. 25 Pf.).

### Anzeigen

finden durch das „Riesauer Tageblatt und Anzeiger“, die im Amtsbezirk bei Weitem verbreitetste und gelesenste Zeitung, anerkanntermaßen die beste und zweckentsprechendste Verbreitung.

Riesa.

Kasanienstraße 59.

Die Geschäftsstelle.

### Freie Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen.

Die diesjährige Frühjahrskonferenz fand am 19. Juni in Zwickau statt. Die am Vorabend beschlossene Tagesordnung versprach eine langdauernde Beratung, da nicht weniger als 21 in der Hauptsache wichtige Gegenstände ihre Erledigung finden sollten. Es waren von den 170 zur Vereinigung gehörenden Kassen 105 durch 180 Bevollmächtigte vertreten, welche unter dem Vorsitz des Herrn Buchdruckereibesetzers Ottomar Lehmann-Dresden, den die Herren Heinrich Lorenz-Chemnitz und Zuhle-Zwickau in der Geschäftsleitung unterstützten, von Vormittags 9 bis Nachmittags 5 Uhr tagten. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch einen sehr ausführlichen Bericht des Vororts Dresden über die wirtschaftliche Lage der zur Vereinigung gehörenden Kassen. Diese ist im Allgemeinen nicht besonders günstig, da, wie nachgewiesen, der dritte Teil der zur Vereinigung gehörenden Kassen mit Defiziten zu kämpfen hat. Deren Ursache liegt theils in den großen Ausgaben für Honorierung der Ärzte und für die theuren Medikamente, theils in den für die Invaliditäts- und Altersversicherung den Kassen auferlegten Aufwandskosten. Das Referat des Vororts schlug bezüglich der ärztlichen Hilfe Honorierung von Kassenärzten nach der Kopfzahl der Mitglieder in Pauschalen und bez. der Medikamente vor, die Apothekenbesitzer zu einem Rabatt von mindestens 25 Proz. zu veranlassen. Nach dem Beschluß der Konferenz wird der neue Vorort Leipzig das zur allgemeinen Benutzung bestimmte Quittungsbuch nochmals prüfen und wird die Angelegenheit der Reconvaleszentenstationen zu ihrer weiteren Förderung der Ortskrankenkasse Leipzig übergeben. — Bevor Herr Sekretär Uhlmann-Leipzig in seinem ausführlichen Referat die Nothwendigkeit der Erhöhung der für die Geschäftsführung der Invaliditäts- und Altersversicherung bisher bewilligten Entschädigung darlegte, besprach Herr Regierungsrath Wegner die Regelung der Beitrags- und Meldeverhältnisse der unständigen Arbeiter zur Invaliditäts- und Altersversicherung, d. h. solcher, welche in keinem dauernden Beschäftigungsverhältnis stehen, wie z. B. Wäscherinnen, Näherinnen im Hause, Holzgerkleinerer, Kohlenräder, Möbelpacker und dergl., welche zwar selbst ihre

Versicherungsbeiträge, aber nur im Voraus entrichten können. Herr Sekretär Uhlmann-Leipzig entwickelte hierauf die Gründe, welche die Erhöhung der Entschädigung an die Krankenkassen für die Geschäftsführung nöthig erscheinen lassen, und gab dafür zahlenmäßige Unterlagen. Die bisher von der überwiegenden Mehrheit der Kassen gemachten, die seitens der Versicherungsanstalt gewährte Entschädigung weit übersteigenden Aufwendungen haben zu den unzulässigen Erfolgen der Kassen beigetragen, und kam der Herr Referent zu dem Antrag, das Königl. Ministerium des Innern um Erstattung der ungedeckten Kosten des Aufwandes für 1891 und 1892 zu bitten. Die sich anschließende Debatte ließ erkennen, daß diese Kosten zum Theil recht erhebliche gewesen sind, woraus sich wohl auch die zum Theil sehr weitgehenden Anträge in dieser Beziehung erklären. Die Entscheidung, wer diese Mehrausgaben den Kassen jemals vergüten soll, wird dem ausgesprochenen Wunsch nach herbeizuführen sein umsomehr, als in den Haushaltsplänen der Ortskrankenkassen kein Titel aufgefunden werden kann, welcher derartige hohe Verläge rechtfertigt. — Von allgemeinem Interesse war in der folgenden Beratung insbesondere die Behandlung der Apothekerfrage. Der sich steigende Aufwand für Medikamente hatte eine Anzahl Kassen wohl bewogen, die Apothekenbesitzer um Rabattbewilligungen anzugehen; indessen hatten diese theilweise sich ablehnend verhalten, theilweise ganz unbedeutende Bewilligungen den Ortskrankenkassen gemacht, obwohl andere Kassen von ihnen bevorzugt worden waren. Man glaubte deshalb, der Grundursache dieses Verhaltens nachgehen zu müssen und stimmt mit großer Majorität einer Resolution bei, welche im Namen des Vorstandes der gemeinsamen Ortskrankenkasse Chemnitz Herr Lorenz-Chemnitz und begründete. Derselbe findet, daß das Apothekerprivilegium, durch welche die Preise der Apotheken außerordentlich in die Höhe getrieben wurden, der Ausgangspunkt für die hohen Medikamentenpreise sei, und spricht die Erwartung aus, daß die Beseitigung des Privilegiums angestrebt und von den gesetzgebenden Gewalten zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht werden wird. Ein anderer Vorschlag empfahl, bei der Staatsregierung um Erniedrigung der Medicinaltarifen zu Gunsten der Kassen zu petitioniren, fand jedoch keine Mehrheit. Neben weiteren inneren, die Kassen betreffenden Angelegenheiten war noch von hervorragendem Interesse ein Antrag des Herrn Brauns-Leipzig, welcher eine Erweiterung der freien Vereinigung sächsischer auf sämtliche Ortskrankenkassen Deutschlands wünscht und welcher nach dem Antrag Lorenz-Chemnitz in der Form angenommen wurde, daß dem Vorort Leipzig diese Angelegenheit mit dem Auftrage übergeben werden solle, mit den übrigen Verbänden Deutschlands eine Vereinigung anzubahnen. — Hieran schloß sich ein zwar kurzer, aber sehr unterrichtender Vortrag des Herrn Dr. med. Wolff-Meiboldsgrün über: „Errichtung von Volksheilstätten für Lungentrante“. Der Vortragende fügte die Bitte an, die am 8. Juli d. J. in das „Schwanenschloßchen“ zu Zwickau einberufene Versammlung zur Konstituierung eines Vereins für Begründung und Unterhaltung einer sächsischen Heilstätte für Lungentrante recht zahlreich zu besuch. n. Nachdem noch bestimmt war, daß der Vorort für 1894/95 auf die gemeinsame Ortskrankenkasse Chemnitz überzugehen und die nächste Konferenz in Leipzig stattfinden habe, war Nachmittags 5 Uhr die Tagesordnung erledigt, so daß Schluß erfolgen konnte.

### Tagesgeschichte.

1) Deutsches Reich. Die Nachricht, daß der Kaiser zusammen mit der Kaiserin in aller Kürze und noch Ende dieses Monats der Königin von England einen Besuch abstatten werde, ist, wie jetzt verlautet, unbegründet. Der Kaiser kehrt in der nächsten Woche von Kiel nach Potsdam zurück. Die Zeit für die Sommerreise scheint noch nicht festzustehen, was sich daraus erklärt, daß sich die Gestaltung

der inneren politischen Lage, die wesentlich von dem Ergebnisse der Reichstagswahlen abhängt, noch nicht bestimmt übersehen läßt. Ein Besuch in England war zu Ende Juli oder Anfang August, um die Zeit der großen Regatten, in Aussicht genommen.

Leider ist heute von Wahlunruhen zu berichten. In Lübeck zogen nach Verkündung des Ergebnisses der Stichwahl am Donnerstag Abend eine Anzahl hülswüthiger Burtschen vor das Rathhaus und die Häuser der Führer der liberalen Parteien und verübten arge Ausschreitungen. Im Senatssaal des Rathhauses, im Rathstheater und an den Häfen der Hauptstraße wurden Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert. Als die Polizei einschritt, gelang es ihr rasch dem Unfuge Einhalt zu thun. — In Jauer fand am Donnerstag eine konservative Wählerversammlung statt, welche einen stürmischen Verlauf nahm. Der konservative Reichstagskandidat Scholz wurde beim Verlassen der Versammlung auf der Straße mißhandelt. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung mußte Militär gerufen werden. Nach einer Meldung der „Post“ wurde Herr Scholz von den durch Hermes verübten Freisinnigen überfallen, niedergeschlagen und furchtbar zugerichtet. Die Garnison mußte alarmirt und der mit dem Tode bedrohte Scholz die ganze Nacht unter militärischem Schutze gehalten werden.

Ein fast unglaublich naives Verfahren, Socialdemokraten für weilsche Candidaten zu gewinnen, hat Herr v. d. Decken in einer Wählerversammlung zu Lübeck eingeschlagen. Er rief, wie die „Mgd. Ztg.“ berichtet, den protestirenden Socialdemokraten zu: „Meine Herren, wenn Sie uns dazu verhelfen, daß Hannover wieder selbstständig wird, werden wir Adeligen der Provinz Hannover Alle den Adelstitel ablegen.“ Ein stürmisches Hohngelächter folgte diesen Worten, aber Herr v. d. Decken fuhr fort: „Ich gehe noch weiter und erkläre Ihnen, wenn Sie uns zur Wiederherstellung des Königreichs Hannover unter der alten Welfendynastie verhelfen, wollen wir Adeligen Hannovers Alle unser Haupt auf den Bloß legen.“ Auch diese Zusicherung erweckte nur große Heiterkeit. Bestimmter konnte Herr v. d. Decken seinen Zweifel an der Erfüllung seiner Wünsche nicht aussprechen.

Nach einer vorläufigen Zusammenstellung sind bei der Reichstagswahl am 16. Juni, wie wir erfahren, im Ganzen rund 1 714 000 socialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Das wäre gegen 1890 mehr rund 287 000. Die Socialdemokraten hatten auf mindestens 2 Millionen Stimmen gerechnet. Ungefähr ebenso viel Stimmen, als die Socialdemokraten gewonnen, werden die Freisinnigen verlieren haben. Die „Mgd. Ztg.“ berechnet für die Socialdemokraten einen Zuwachs von 372 000 Stimmen. Die Antisemiten haben sich um 442 500 Stimmen vermehrt, dagegen der Freisinn 241 300 Stimmen eingebüßt. Es wären hiernach diesmal etwa 916 000 freisinnige Stimmen abgegeben worden. Die Antisemiten, die 1890 nur 47 536 erhielten, hätten sich etwa um das Neunfache vermehrt.

Eine den Zeitungen in Meinungen zugehende halbamtliche Mittheilung erklärt: „In einer Wählerversammlung sind Andeutungen gefallen, aus denen geschlossen werden könnte, die Regierung Sr. Hoheit des Herzogs sei gegen die Militärvorlage. Eine solche Annahme wäre völlig grundlos. Die herzogliche Staatsregierung, war und ist von der unbedingten Nothwendigkeit der Militärvorlage vollständig überzeugt. Der herzoglich meiningische Bevollmächtigte zum Bundesrathe war angewiesen, sowohl für die Militärvorlage als auch für die Auflösung des Reichstags — da dessen ablehnende Haltung sie nöthig machte — zu stimmen und hat dieser Weisung gemäß die Stimme der herzoglich meiningischen Regierung abgegeben.“

In der Buchhandlung Georg Höppner (Adolph Demald), Krausenstraße 49 in Berlin, wurde wegen Verleumdung des Reichskanzlers der Glöckche Silberbogen Nr. 8 „Das jüdische ABC“ polizeilich beschlagnahmt. Ferner wurde eine eben-